

More Union in European Defence

Pressemitteilung

Prag, 26. Oktober (Tschechische Presseagentur)- Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU ist das schwächste Element des europäischen Integrationsprozesses. Dies folgt dem Bericht der Arbeitsgruppe des Brüsseler Zentrums für Forschung der Europapolitik (Centre for European Policy Studies, CEPS) und der deutschen Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), den Vertreter der beiden Organisationen heute in Prag vorstellten. Laut ihnen ist ebenfalls die Zeit gekommen, eine Europäische Verteidigungsunion zu schaffen.

„Es ist offensichtlich, Unionmitglieder könnten mit den 190 Milliarden Euro, die jährlich für Verteidigung ausgegeben werden, viel mehr als 28 nationale Armeen mit 1,5 Millionen Soldaten zu erreichen“, behauptet Hans-Peter Bartels, Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestags und eines der Mitglieder der Arbeitsgruppe CEPS-FES. Seiner Meinung nach sind eine engere Zusammenarbeit europäischer Länder, bessere Bildung, eine bessere Ausstattung sowie eine einheitliche Leitung notwendig. Deshalb schlägt der Bericht unter anderen auch die Errichtung einer ständigen EU-Kommandantur in Brüssel vor.

„Es gibt keinen Widerspruch zwischen den Verteidigungspolitiken des Bündnisses und der EU“, wies Bartels weiter darauf hin, dass 22 von 28 EU-Länder auch Mitglieder der NATO sind. Steven Blockmans von CEPS fügte hinzu, dass das Atlantische Bündnis und die Union sich gegenseitig ergänzen können. Und wenn die Quellen sich nicht duplizieren, wird auch die Unionsverteidigungspolitik effektiver.

Nach Uwe Optenhögel aus der Friedrich-Ebert-Stiftung in Brüssel beschäftigte sich lange Zeit niemand mit der Verteidigungspolitik der EU. „Vor zehn oder fünfzehn Jahren war Europa von ziemlich stabilen Regimen umgeben, aber jetzt müssen wir uns neuen Bedrohungen stellen“, so verwies Optenhögel darauf, dass die Europäische Sicherheitsstrategie von 2003 ist. Javier Solana beteiligte sich als einer der ersten hohen EU-Vertreter an der Herausbildung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (1999–2009).

Gerade Solana saß von Juni 2014 bis Januar 2015 der Arbeitsgruppe vor, deren heute in Prag vorgestellten Bericht eine Grundlage für eine neue Strategie der Union im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik sein soll. Sie soll auf der EU-Gipfelkonferenz in Juni 2016 vorgestellt werden.

Nach dem heute präsentierten Bericht sollte auch die Funktionsfähigkeit der Europäischen Verteidigungsagentur (EDA), die seit 2014 besteht, verbessert werden. Mitglieder der Arbeitsgruppe möchten auch das sogenannte europäische Semester in der neuen Strategie zur Planung des Verteidigungsbudgets der EU-Länder verankern. Dieses Prinzip funktioniert in der Union seit einigen Jahren zur Planung der nationalen Wirtschafts- und Fiskalpolitiken, zu denen sich die Europäische Kommission erst äußert, wenn sie von den Mitgliedsstaaten definitiv gebilligt werden.